

"Soll Europa nun geschaffen werden oder nicht?" in *Fédération* (Oktober 1948)

Legende: Im Oktober 1948 mahnt Raymond Silva, Generalsekretär der Union der europäischen Föderalisten, in der französischen Zeitschrift *Fédération* zur Einheit des europäischen Kontinents und untersucht die britische Haltung angesichts des Vorhabens eines föderalen Europas.

Quelle: *Fédération*. Revue de l'ordre vivant. dir. de publ. Richard, Max. Octobre 1948, n° 45. Paris: Imprimerie de la Seine. "Veut-on, oui ou non, faire l'Europe", auteur: Silva, Raymond, p. 16-17.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/soll_europa_nun_geschaffen_werden_oder_nicht_in_federation_oktober_1948-de-8d37859e-2a41-4e45-9001-9801c46eddaa.html



Publication date: 06/07/2016

Probleme des Föderalismus

Soll Europa nun geschaffen werden oder nicht?

von Raymond SILVA

Generalsekretär der Europäischen Union der Föderalisten

Der Gedanke einer Europäischen Union, der bis zum Kongress von Den Haag nicht mehr als ein Leitgedanke war, kann und muss morgen – wenn die Völker sich der drohenden Gefahren bewusst werden – Quelle einer neuen politischen Orientierung sein, die das derzeitige Kräfteverhältnis grundlegend verändern könnte.

Die gewarnte Öffentlichkeit hat sich bereits mehr oder weniger bewusst gewinnen lassen, Regierungen haben sich öffentlich für eine Beschränkung der Hoheitsrechte ausgesprochen, und der Kongress der Europäischen Parlamentarier-Union schließlich, der soeben in Interlaken getagt hat, hat das Prinzip einer im Aufbau befindlichen europäischen Versammlung mit großer Mehrheit anerkannt.

Werden die Vereinigten Staaten von Europa nun endlich Gestalt annehmen? Wird das Hirngespinnst von gestern politische Realität werden? Diese wichtige Frage lässt sich unmöglich bejahen, ohne vorher mit kühlem Kopf die Haltung der britischen Regierung zu untersuchen, denn diese hat – da gibt es nichts schönzureden – Vorbehalte.

Als Churchill kürzlich Attlee aufforderte, die Initiative zu ergreifen und ein europäisches Parlament einzuberufen, wies dieser diese Aufforderung zurück. Er zweifelte daran, dass es der passende Moment sei, eine solche Idee umzusetzen, da die europäischen Regierungen seiner Ansicht nach dringendere Probleme zu lösen hätten. Er erklärte sich jedoch bereit, sich nach der für Oktober angesetzten Empire-Konferenz erneut mit der Frage zu befassen. Sollte Attlee in diesem Fall die Meinung des englischen Volkes ausdrücken? Es ist schwierig, das zu beurteilen. Männer wie Churchill, Lord Layton, Macmillan, Mackay, Shawcross, Boothby und noch viele andere haben die Haltung des Premierministers heftig kritisiert. Trotz alledem ist dieser im Amt, er trägt die Verantwortung für die britische Außenpolitik, und alles lässt darauf schließen, dass er außer im Falle unvorhergesehener Ereignisse an seiner Linie nichts ändern wird. Es sei denn, die Labour Partei veranlasst ihn dazu, was nicht auszuschließen ist. Zahlreiche englische Sozialisten sind sich bewusst, dass das Dogma eines Vereinten Europas ein fabelhaftes Sprungbrett für die konservativen Anhänger Churchills ist, und sind deshalb geneigt, diese Idee für sich zu beanspruchen und die Debatte in der einflussreichen englischen Öffentlichkeit auszutragen.

Werden sie ihre Landsleute überzeugen können, die aus Gründen der Genetik und des Temperaments ihren Inselcharakter behalten? Das vermag niemand zu sagen. Instinktiv lehnt der Engländer alles ab, was nicht *made in England* ist; er fürchtet sich davor, sein Schicksal an das der Völker des europäischen Festlands zu knüpfen, um deren politische Stabilität es nicht immer gut bestellt ist, und denkt, in einem vereinten Europa nicht seine traditionelle Rolle des Schiedsrichters spielen zu können. Außerdem bleibt er der Idee des Commonwealth verhaftet und hält um so mehr an ihr fest, als diese große Nation teuer für die Opfer bezahlt, die sie zum Wohl aller gebracht hat, und nicht mehr der einzige Schlichter in der Weltpolitik ist. Um ihre materiellen Schwächen auszugleichen, versteift sie sich, zieht sich zurück, und die führenden Labour-Politiker entflammen sich für den Nationalismus!

Es gibt Stimmen in Großbritannien, aber auch anderswo, die zur Vorsicht raten: „Bevor Sie Europa einen und ordnen, sollten Sie erst einmal Ordnung bei sich selbst schaffen.“ Ein kluger Rat, scheinbar jedenfalls, denn wie soll man aus der Sackgasse herausfinden, wenn diese Ordnung mit der Realisierung der Europäischen Union zusammenhängt, wenn die Unordnung gerade deswegen herrscht, weil die Probleme nicht auf nationaler Ebene gelöst werden können, weil kein europäisches Land sich mehr allein retten kann?

Wenn ein Dilemma besteht, gibt es nur eine Lösung: zuallererst und möglichst schnell Europa schaffen. Da handeln, wo es die größten Aussichten auf Erfolg gibt. Und wenn Großbritannien, dessen Befürchtungen wir respektieren und verstehen, zögert, den ersten Schritt zu tun, sollten die anderen Nationen, die zur

Kooperation entschlossen sind, darüber hinweggehen und sich zusammenschließen. Wenn eine Katastrophe vermieden werden soll, muss sofort ein erster Kern gebildet werden, dem sich nach und nach die jetzt noch unentschlossenen Nationen anschließen werden. Das Schlimmste wäre, handlungsunfähig zu bleiben, unter dem Vorwand im Status quo zu verharren, die optimalen Bedingungen seien nicht gegeben: Aus menschlicher Sicht werden sie es niemals sein.

Vor einem Jahr, als eine einzelne Macht Europa zu teilen vermochte, wurde bereits gesagt: „Was bringt es, etwas ohne den Osten zu wagen?“ Wenn man auf diese Stimmen gehört hätte, die sich unbewusst zu Komplizen des russischen Imperialismus machten, wäre heute jegliche Hoffnung auf eine künftige Renaissance Europas verloren.

Gestern war in der Sunday Times zu lesen: „Wir müssen ernsthaft mit einem Krieg rechnen.“ Werden wir einen weiteren Krieg unausweichlich machen? Werden wir aufgrund unserer Uneinigkeit passiv und feige verharren und so leichte Beute für die Habgier eines osteuropäischen Blocks werden? Im Gegenteil, wir sollten uns noch rechtzeitig zusammenreißen, die Amerikaner beruhigen, die das kümmerliche Schauspiel Europas nicht ohne Grund abschreckt. Wir sollten uns ein Beispiel an den Finnen nehmen, deren Überlebenswillen vorbildhaft ist, oder sogar an den Jugoslawen, die auf ihre Art um ihre Unabhängigkeit kämpfen.

Ein Europa ohne Großbritannien ist nicht denkbar. Es gehört ebenso zum Kontinent wie zu seinen Partnern des Commonwealth. Diese besondere Situation ist kein Widerspruch. Der Föderalismus ist für diese Gegebenheit flexibel genug und früher oder später, wenn der Grundstein der Gemeinschaft gelegt ist, wird die britische Öffentlichkeit den Beitritt genauso fordern, wie es auch in anderen Nationen der Fall sein wird.

Welche Nationen werden sich schon heute ohne Vorbehalte vereinen können? Das heißt, welche Nationen werden nicht erneut das Scheingebilde eines europäischen Völkerbundes aufbauen, sondern eine Institution, der echte Befugnisse übertragen werden? Die Benelux-Staaten, die mit gutem Beispiel vorangegangen sind; Frankreich und Italien, die offiziell ihre Zustimmung gegeben haben; Österreich und Westdeutschland, für die der Beitritt zur europäischen Union die einzige Lösung ist, eine mehr oder weniger von den Sowjets beeinflusste pangermanische Wiedergeburt zu verhindern; wenn möglich die nordeuropäischen Länder, Portugal, Spanien, wenn General Franco erst einmal die politischen Garantien geliefert haben wird, die sich nach einem ersten Treffen mit Don Juan abzeichnen. Wer weiß, ob nicht schon morgen Jugoslawien selbst, ohne auf die Form seines Regimes zu verzichten, versuchen wird, sich einem Europa anzunähern, das endlich ein zusammenhängendes und zukunftsfähiges Gebilde sein wird?

Das hier skizzierte Programm kann eigentlich nur bei den Parteien Widerstand hervorrufen, die auf Zwietracht und Uneinigkeit spekulieren. Es erscheint als das einzige, sofort in die Tat umsetzbare Programm, das in der Lage ist, uns nach und nach wieder zum Wohlstand zu verhelfen und den bereits so gefährdeten Frieden im letzten Moment wiederherzustellen.